

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/01/2015

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 13.01.2015,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Bela Randschau
Herr Michael Stukenberg
Herr Roland Wilde

i. V. f. Herrn Levenhagen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Uwe Gaumann
Frau Nina Holers
Herr Claus Rowetter
Frau Gabriela Schwintzer

ab 21:00 Uhr zu TOP 8

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Jürgen Eckert
Herr Georg Harz
Herr Yannick Klix

Seniorenbeirat
Kinder- und Jugendbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Bruns

Frau Hantel
Herr Lauterbach
Frau von Dahlen

Geschäftsführung Lebenshilfe
Stormarn gGmbH
Stellv. Leitung Kita Stadtzwerge
Elternvertretung Stadtzwerge
Kitaleitung Stadtzwerge

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Thomas Reich
Frau Gabriele Fricke
Herr Frank Ropers
Frau Cornelia Beckmann
Frau Anja Gust

Bürgermeister
FBL II
Gleichstellungsbeauftragte
FD Jugendpflege
FD Kindertageseinrichtungen
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Detlef Levenhagen

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung/Erweiterung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2014 vom 04.12.2014
5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 5.2.1. Raumbedarf der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule 2015/2016
 - 5.2.2. Aktuelle Asylbewerbersituation und Unterbringung
6. Bericht Rechtsextremismus **2014/152**
 - Fortschreibung des Berichtes vom 10.09.2013
7. Kindertagesstätte Stadtzwerge **2014/148**
 - Erweiterung der Öffnungszeiten einer Gruppe -
8. Integrationskindertagesstätte Regenbogenhaus **2014/110**
 - Anbau zur Errichtung einer Integrations- und Krippengruppe-
9. Verschiedenes
 - 9.1. Ahrensburger Dialog
 - 9.2. Fußballturnier
 - 9.3. Fachkräftemangel in Kitas

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Lang aus dem Freundeskreis für Flüchtlinge merkt an, dass im vorliegenden Bericht über Rechtsextremismus auch die Umbenennung des Kriegerdenkmals in Mahnmal Erwähnung hätte finden können. Zudem regt er an, die Stadt möge doch prüfen, ob sie sich nicht ebenfalls wie Bargteheide und andere Umlandgemeinden dem Bündnis ARABUES (das Antirassistische Bündnis Stormarn) beitreten möchte.

Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass nach bestehender Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung die Stadt Ahrensburg nicht beitreten möchte.

Herr Lauterbach ist Elternvertreter in der Kita Stadtzwerge und appelliert an die Mitglieder des Sozialausschusses, auch bei den heutigen Themen der Tagesordnung die Kita Stadtzwerge betreffend für die Kinder zu entscheiden.

3. Festsetzung der Tagesordnung/Erweiterung der Tagesordnung

Unter dem Tagesordnungspunkt 5.2 wird die Verwaltung zu den Themen „Raumbedarf der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2015/16“ sowie „Aktuelle Asylbewerbersituation und Unterbringung“ berichten.

Die Tagesordnung ist genehmigt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2014 vom 04.12.2014

Ein Stadtverordneter macht darauf aufmerksam, dass die Anlage zu TOP 10.1 „Bezuschussung Tagespflege“ fehlt.

Die Verwaltung hat die fehlende Anlage nachgereicht (**siehe Anlage**).

Es bestehen keine weiteren Einwände gegen die Niederschrift.

5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

5.1. Berichte gem. § 45 c GO

Die Beschlusskontrolle ist als **Anlage** beigefügt.

5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

5.2.1. Raumbedarf der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule 2015/2016

Die Verwaltung berichtet, dass der BKSA in seiner Sitzung am 08.01.2015 dem Antrag auf Bereitstellung von zusätzlichen Unterrichtsräumen für die Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule zum Schuljahr 2015/16 zugestimmt habe. Beschlossen wurde das Aufstellen von zwei Containern auf dem Außengelände der ehemaligen Fritz-Reuter-Schule, die voraussichtlich bis 2018 benötigt werden. Durch den Umstand, dass zunehmend Kinder an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule die Fachhochschulreife anstreben und durch die Kooperationsvereinbarung mit dem Großhansdorfer Gymnasium wird es an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule zum kommenden Schuljahr vier 11. Klassen geben. Obwohl bereits alle Raumkapazitäten geprüft und restlos ausgeschöpft sind, fehlen zum kommenden Schuljahr noch zwei Klassenräume. Neue Baumaßnahmen für die Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule kommen erst nach Fertigstellung der Baumaßnahme Grundschule Am Reesenbüttel in Betracht. Das wird frühestens 2018 sein.

Im Vorwege war geprüft worden, ob die in der ehem. Fritz-Reuter-Schule untergebrachten Hortgruppen an den Standort Grundschule Am Reesenbüttel zurückverlegt werden können, um dem Raumbedarf der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule Genüge zu tun. Leider bestehen aber auch in/an der Grundschule Am Reesenbüttel keinerlei Raumkapazitäten mehr, sodass diese Variante ausschied.

Da Gebäude und Außengelände der ehemaligen Fritz-Reuter-Schule bisher nicht entwidmet wurden, sondern nach wie vor Schulliegenschaft sind, tangiert den Sozialausschuss die gesamte Thematik nur insofern, weil in dem alten Schulgebäude auch zwei Kindergartengruppen der Kita Stadtzwerge untergebracht sind, die natürlich ebenfalls das Außengelände nutzen. Zur Abstimmung hat die Verwaltung ein Gespräch mit der Kitaleitung und einem Elternvertreter der Kita Stadtzwerge herbeigeführt und die Problematik erörtert. Um allen Kindern und Schülern gerecht zu werden, wird die Zuwegung zwischen den Standorten Stadtzwerge I (Haupthaus) und Stadtzwerge II (auf dem Schulgelände) verbessert, damit die zwei „externen“ Kindergartengruppen das Außengelände des Haupthauses intensiver nutzen können.

Die Außenspielfläche mit der Doppelschaukel und dem Klettergerüst an der Straßenfront Fritz-Reuter-Straße bleibt für die zwei Elementargruppen erhalten (**siehe Anlage 1**).

Die Sozialausschussmitglieder danken für die Information.

Der entsprechende Auszug aus dem BKSA-Protokoll (Entwurf) sowie der Vermerk über das Gespräch werden wunschgemäß beigelegt (**Anlage 2**).

5.2.2. Aktuelle Asylbewerbersituation und Unterbringung

Die Verwaltung berichtet:

In 2015 wird mit weiteren 150 Personen gerechnet, die der Stadt Ahrensburg zugewiesen werden. Hinzu kommt, dass anerkannte Asylbewerber oft in den Unterkünften verbleiben müssen, weil sie in Ahrensburg keine Wohnung finden. Das bedeutet, dass die vorhandenen Unterkünfte nicht neu belegt werden können.

Insbesondere bei Asylbewerbern, die aus Syrien stammen, erfolgt die Anerkennung derzeit sehr zügig.

Neben diesen Gegebenheiten entstehen weitere Probleme, mit denen sich die Mitarbeiter der Verwaltung auseinandersetzen müssen:

- Viele der Flüchtlinge sind psychisch und physisch schwer beeinträchtigt. So muss z. B. eine Unterkunft behindertengerecht sein oder umgebaut werden.
- Sobald ein Asylbewerber anerkannt ist, muss er in eine gesetzliche Krankenkasse eintreten. Hier ist es kein Einzelfall, dass die Krankenkasse diese Person nicht aufnehmen will.

Die Unterstützung der Menschen bei Schwierigkeiten dieser Art bindet derzeit alle Personalkapazitäten. Dauerhaft ist das mit den vorhandenen Personalstunden nicht zu leisten.

Seit Kurzem steht den Asylbewerbern im Rathaus jeden Mittwoch für 2 Stunden ein Berater zur Verfügung. Tatsächlich reicht diese Zeit aber nicht, um sich allen Fragen und Problemen widmen zu können. Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Ahrensburger wäre diese Aufgabe von der Verwaltung überhaupt nicht zu bewältigen.

Auf Nachfrage eines Stadtverordneten erklärt die Verwaltung, dass bei der Wohnungssuche und Anmietung die Stadt Vertragspartner wird. In der Regel bleibt sie es auch, wenn sich der Status eines Asylbewerbers ändert. Oft haben die Menschen keine Chance, selbst eine Wohnung anzumieten.

Neben den Standorten Lange Koppel und Reeshoop prüft die Verwaltung derzeit weitere Standorte. Um mit den bewilligten 1,5 Mio. € auszukommen, überprüft die Verwaltung ebenso die baulichen Standards und möchte durch eine billigere Bauweise möglichst viele Unterkünfte schaffen können. Gemeint sind hier nicht Gemeinschaftsküchen und Sanitäreinrichtungen, sondern vielmehr Material und Ausführung.

Die Umsetzung erfolgt, wenn der Haushalt 2015 durch das Innenministerium genehmigt wurde. Sollte es vorher zu Unterkunftsengpässen kommen, muss die Stadt Wohnraum anmieten.

Ein Stadtverordneter erinnert an das Projekt „Sozialer Wohnungsbau“. Im Zusammenhang mit der Standortprüfung bittet er, den Standort Helgolandring für den sozialen Wohnungsbau zu erhalten.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Bericht Rechtsextremismus
- Fortschreibung des Berichtes vom 10.09.2013

Der Stadtjugendpfleger, Herr Ropers, führt durch den vorliegenden Sachstandbericht und fasst zunächst den Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein für 2013 kurz zusammen. Zu den Meldungen und Beobachtungen in Ahrensburg selbst erläutert er die Aufzählungen und Aktivitäten, die erfasst worden sind. Er berichtet über die vielen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die verschiedene Gruppen in der Stadt gegen „rechtsextremistisches Gedankengut“ initiiert haben. Ebenso berichtet er über die vielen präventiven Maßnahmen, die auf pädagogischer- und auf Alltagsebene angeboten werden.

Als Fazit fasst Herr Ropers zusammen, dass es in Ahrensburg ein breites Bündnis gegen Rechts und für ein friedliches Zusammenleben gibt. Auch der pädagogischen Arbeit den Jugendhäusern mit ihren Angeboten ist es zu verdanken, dass junge Menschen ihre Talente entdecken, sich orientieren können und nicht in Perspektivlosigkeit verfallen. Somit wird extremistischem Gedankengut wenig Nährboden geboten.

Die Sozialausschussmitglieder bedanken sich für den umfassenden Bericht und bitten die Verwaltung, die Bündnisse aktiver Bürgerinnen und Bürger auch weiter zu unterstützen, um möglichst viele der zugezogenen jungen Menschen in Ahrensburg integrieren zu können.

Auf Nachfrage eines Stadtverordneten erklärt die Verwaltung, dass ein Budget für zeitnahes Handeln, z. B. für den Freundeskreis der Flüchtlinge nicht zur Verfügung steht. Der Bürgermeister schlägt hierzu vor, dass aufgrund eines Beschlusses ein leeres Produktsachkonto in einen bestehenden Deckungskreis eingebunden werden könnte, dass im Bedarfsfall belastet werden dürfte. Auch der Bürgermeister bedankt sich für den ausführlichen Bericht bei Herrn Ropers.

**7. Kindertagesstätte Stadtzwerge
- Erweiterung der Öffnungszeiten einer Gruppe -**

Die Verwaltung erläutert die Beschlussvorschläge. Auf Nachfrage bestätigen die Kitaleitung Frau von Dahlen und der Elternvertreter Herr Lauterbach, dass die Kita die Beschlussvorschläge mitträgt. Trotz der zu erwartenden verschärften Situation für Kinder und Erzieher ist es dennoch besser, die Kinder in der Einrichtung in den Elementarbereich wechseln zu lassen, als ihnen einen Einrichtungswechsel zumuten zu müssen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**8. Integrationskindertagesstätte Regenbogenhaus
- Anbau zur Errichtung einer Integrations- und Krippengruppe-**

Die Verwaltung fasst noch einmal den bisherigen Verlauf zusammen.

Inzwischen liegen alle Genehmigungen vor und die Lebenshilfe plant die Inbetriebnahme der neuen Krippengruppe zum 01.08.2015.

Die vorliegenden Beschlussvorschläge sind mit dem Träger besprochen worden. Einzig strittiger Punkt ist die Vergabe der Krippenplätze, die der Träger gern selbst vornehmen möchte.

In Hinblick auf den vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion (AN/002/2015) erläutert die Verwaltung noch einmal die Praxis der Platzvergabe durch die Stadt. Mit dem Hinweis auf die geschlossene gemeinsame Vereinbarung und der Anerkennung der Aufnahme- und Benutzungsordnung durch alle Träger ergibt sich aus Sicht der Verwaltung kein Vorteil für Eltern und Kinder durch den Änderungsantrag, denn auch die Lebenshilfe als Träger ist an die Vereinbarungen gebunden wie die Stadt selbst.

Nachteilig ist vielmehr, dass diese Ausnahmen das gesamte Verfahren in Frage stellen und ebenso andere Träger nachziehen könnten.

Herr Stukenberg begründet den Antrag seiner Fraktion damit, dass es aus seiner Sicht keinen „einzigen logischen und menschenkundlichen“ Grund gibt, die Platzvergabe in einer Integrationseinrichtung wie dem Regenbogenhaus für Kinder im Elementarbereich zu ermöglichen, aber im Krippenbereich auszuschließen. Tatsächlich stelle sich eine Entwicklungsverzögerung oder ein Handicap nicht erst mit dem 3. Lebensjahr ein. Es sollte im Interesse aller liegen ein Kind mit Handicap frühestmöglich die beste Betreuung zukommen zu lassen. Zudem sei es für die Gruppe wichtig, hier eine ausgewogene Zusammensetzung herzustellen. Er nimmt zur Kenntnis, dass der Gesetzgeber für die U3-Kinder hierauf nicht abgestellt hat.

Herr Reich, Fachbereichsleiter und Justiziar der Stadt Ahrensburg, teilt mit, dass ein Beschluss des Änderungsantrages aufgrund seiner Formulierung rechtlich bedenklich ist. Zudem wäre nach Beschlussfassung eine Umsetzung nicht möglich, da zunächst die gemeinsame Vereinbarung zu ändern wäre. Die Änderung wäre durch die städtischen Gremien zu beschließen. Im Vorwege müsste der gemeinsame Kitaausschuss gehört werden. Ob dies bis zum 01.08.2015 realisierbar ist, ist fraglich.

Nach einem weiteren ausführlichen Wortbeitrag des Stadtverordneten Stukenberg bittet der Bürgermeister darum, zwischen der fachlich inhaltlichen Ebene und der formalen Ebene zu trennen. Auf der formalen Ebene gilt das, was die Verwaltung schon ausgeführt hat.

Herr Randschau macht deutlich, dass die SPD-Fraktion dem Änderungsantrag nicht folgen wird. Aus Sicht seiner Fraktion stellen diese Sonderregelungen das gesamte Verfahren in Frage. Denkbar ist, dass auch die anderen Träger und Einrichtungen ihre Plätze selbst vergeben möchten. Die Mitglieder seiner Fraktion schließen sich diesem Statement an.

Stadtverordneter Dähnhardt erklärt, dass er dem Änderungsantrag grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber steht. Aus pädagogischer Sicht ist die Begründung zu verstehen. Auf der formalen Ebene kann er die Ausführung der Verwaltung ebenfalls nachvollziehen, sodass er dem Antrag heute ebenfalls nicht zustimmen möchte.

Herr Bruns von der Geschäftsführung der Lebenshilfe Stormarn gGmbH wird als Sachverständiger gebeten, den Wunsch der Platzvergabe durch den Träger selbst noch einmal zu erläutern. Herr Bruns führt aus, dass die Lebenshilfe Stormarn gGmbH zurzeit 40 Kinder in der Frühförderung in Ahrensburg betreut. Aus Sicht der Trägers ist besonders der Übergang für diese Kinder sehr wichtig. Dem Träger ist daran gelegen, Kinder in Gruppen zusammenzufassen, die auch zusammenpassen.

Im weiteren Verlauf werden verschiedene Vorschläge diskutiert, die den fachlich inhaltlichen Argumenten wie auch der formalen Ebene Rechnung tragen. Nach weiterem Austausch wird der FDP-Antrag zurückgezogen und ein neuer Änderungsantrag gestellt.

Über die Beschlussvorschläge 1 bis 3 wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Es wird ein neuer Änderungsantrag zu dem bestehenden Beschlussvorschlag als Punkt 4 formuliert. Hierüber wird gesondert abgestimmt.

- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, im gemeinsamen Kitaausschuss den Wunsch der Lebenshilfe Stormarn gGmbH auf Vergabe der Krippenplätze im Regenbogenhaus zu beraten und eine entsprechende Beschlussvorlage dem Sozialausschuss vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis: **7 dafür
2 dagegen**

9. Verschiedenes

9.1. Ahrensburger Dialog

Herr Harz vom Seniorenbeirat berichtet über das Printmedium „Ahrensburger Dialog“. Er würde es begrüßen, wenn sich hier auch junge Menschen und Menschen mit ausländischen Wurzeln einbringen würden. Herr Eckert merkt hierzu an, dass der Freundeskreis sich am kommenden Donnerstag im Bruno-Bröker-Haus trifft. Gern bittet er Herrn Harz dazu.

9.2. Fußballturnier

Frau Holers informiert, dass am 24.01.2015, 13:00 Uhr, ein Fußballturnier in der Stormarnschule um den Anneliee-Oelte-Pokal stattfindet. Veranstalter sind die FC Roter Stern Kickers.

9.3. Fachkräftemangel in Kitas

Frau Brandt bittet, dass die Verwaltung fortlaufend darüber berichtet, wie sich das Problem der Personalgewinnung in den Ahrensburger Kitas entwickelt. Sie regt an, dass der Bürgermeister diese Thematik auch auf höherer Ebene anbringen möge.

Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass dies ständig Thema sei. Leider handelt es sich bei dieser Problematik um ein bundesweites Problem, das durch den rasanten Ausbau der Betreuungsangebote entstanden ist und kurzfristig nicht zu lösen sei. Das feste Tarifgefüge im öffentlichen Dienst leistet einen weiteren Beitrag, warum die Personalgewinnung so schwierig ist.

Ein Stadtverordneter bittet die Verwaltung, mit der Berufsschule Ahrensburg in Kontakt zu treten, da diese Sozialpädagogische Assistenten ausbildet, die als Zweitkräfte in Einrichtungen eingesetzt werden dürfen.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Anja Gust
Protokollführerin